

## Der Standortwettbewerb kann Europa nicht einen

Nikolaus Kowall

Die Einigung Europas ist im Prinzip ein bewusster Akt staatlichen Handels und Planens. Der Binnenmarkt ist der Integration mit Sicherheit förderlich, die politische Vereinigung des Kontinents ist jedoch in letzter Konsequenz kein Marktprozess, sondern ein politischer Akt des „Nationbuidling“. Da sich die marktliberalen Eliten Europas dieses Widerspruchs nicht bewusst sind, versuchen sie nach wie vor maximale Marktlogik und europäische Einheit zusammenzudenken. Je nach individueller Prioritätensetzung möchten sie entweder die Integration Europas durch einen liberalisierten Binnenmarkt verwirklichen, oder erhoffen sich einen liberalisierten Binnenmarkt von einem integrierten Europa. Marktradikalismus und Europäische Einheit treten spätestens seit den frühen 1990er-Jahren als siamesische Zwillinge auf.

Die Verbindung zwischen Markt und Europa ist so stark, dass politökonomische Laien mit proeuropäischer Grundeinstellung in der Regel auch die Eckpfeiler eines neoliberalen Denkgebäudes internalisiert haben. Sie kaufen sich mit dem paneuropäischen Gedanken auch gleich den Marktradikalismus ein – ein anderes Europa als das neoliberale wird durch diese geistige Ehe nicht mehr denkbar. Das ist insofern fatal, weil mangels alternativer Vorstellungen das Ende des Marktradikalismus auch mit einem Ende der europäischen Einheit einhergehen wird. Das sich abzeichnende Scheitern der Währungsunion ist der Beweis dafür, dass eine europäische Integration vermittelt durch Marktkräfte *nicht* möglich ist. Doch genau das ist die Kernüberzeugung der marktgläubigen proeuropäischen Eliten.

Im Sinne der marktliberalen Eliten ist das Europa unserer Zeit ein Projekt, das politisch zusammenwachsen aber wirtschaftlich im Wettbewerb stehen will. Dabei geht es um keinen Wettbewerb auf Unternehmensebene innerhalb des Binnenmarkts, was völlig legitim wäre, sondern um den wirtschaftlichen Standortwettbewerb zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Dies läuft einem einheitlichen Binnenmarkt jedoch zuwider, weil einzelne Staaten durch Standortpolitik Unternehmen unlautere Wettbewerbsvorteile verschaffen, durch Arbeitskosten unter dem Produktivitätsniveau, durch Subventionen oder gar als Steueroase. Armut und Arbeitslosigkeit als Massenphänomene in den Verliererstaaten des Standortwettbewerbs sprechen eine klarere Sprache, als alle Sonntagsreden vom Friedensprojekt Europa. Die wirtschaftlichen Desintegrationstendenzen konterkarieren die politische Rhetorik von der europäischen Einigung. Es mutet paradox an, dass das Europa vor dem Euro und vor dem Mantra des Standortwettbewerbs, eine Ansammlung relativ kooperativer Nationalstaaten war, während es jetzt die Union extrem kompetitiver Teilstaaten ist. Nationen die ohne ein politisches Dach und ohne gemeinsame Währung eine eher kooperative Wirtschaftspolitik betreiben werden letztlich zu deutlich besseren Ergebnissen kommen, als Staaten die eine Währungsunion bilden, aber dem Wettkampf der Nationen frönen. Was die EU versucht, nämlich politische Union und ökonomischer Standortwettbewerb in einem, passt nicht zusammen. Die ökonomischen Fliehkräfte des Wettbewerbszwangs sind wesentlich stärker als die Rhetorik von der politischen Integration.

Möchte man die europäische Währungsunion erhalten, bedarf es nicht weniger, sondern mehr staatlicher Intervention. Nicht Fiskaldisziplin und Staatsrückbau sind die entscheidenden Instrumente zur Stabilisierung einer Gemeinschaftswährung, sondern Konvergenz – einerseits

bei der Entwicklung industrieller Kapazitäten und andererseits bei der Entwicklung der Inflation. Eine aufholende Industrialisierung in Süd und Osteuropa bedarf einer Wiederbelebung der verblichenen Disziplin der Industriepolitik anstelle des Gewächs von der Wettbewerbsfähigkeit. Drastisch aufgestockte EU-Regionalfonds und EU-Kohäsionsfonds müssen intelligente Strategien zur regionalen Industrialisierung entwickeln und finanzieren. Zur Angleichung der Inflation ist eine Konvergenz bei der Konjunktorentwicklung – etwa durch eine regional unterschiedlich konfigurierte staatliche Nachfragesteuerung – notwendig. Ebenso wichtig sind die Kontrolle der Ungleichgewichte im Binnenhandel und der Kampf gegen regionale Hauspreisblasen durch eine europäische Wohnbauoffensive.

Alle diese Maßnahmen bedürfen einer epochalen Renaissance politischen Gestaltungswillens und sind das Gegenteil der Idee von Staatsrückbau und sich selbst regulierender Märkte. Damit stehen sie in striktem Widerspruch zum vorherrschenden Zeitgeist in den Machtzentren Europas. Für die Möglichkeit eines propolitischen Paradigmenwechsels spricht wiederum der Umstand, dass die Eurozone ohne denselben keinen mittelfristigen Bestand haben kann. Eine Fortsetzung der Merkel-Austerität wird die Eurozone politisch nur noch wenige Jahre überleben. Die realen ökonomischen Krisenzwänge und ihre Bewältigung, haben in den letzten Jahren schon einige marktliberale Dogmen hinweggefegt. Optimistisch gesehen ist das Glas also halbvoll.